

Mittwoch, 05. November 2025, Fritzlar-Homberger Allgemeine / Gudensberg

## ZUR PERSON

# „Lärmschutz ist keine kommunale Aufgabe“

**Sina Massow warnt vor falschen Erwartungen und fordert Bund entlang der A49 zum Handeln auf**



Seit dem Lückenschluss der A49 leiden auch Menschen in Dissen (Bildhintergrund) unter dem zunehmenden Verkehr auf der A49. © Fotos: Peter Zerhau, Lea Beckmann/Archiv

**Gudensberg** – Der Lärm an der A49 beschäftigt viele Anwohner, besonders in Dissen. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, kommunale Handlungsmöglichkeiten für mehr Lärmschutz zu prüfen, wächst die Hoffnung auf schnelle Verbesserungen. Bürgermeisterin Sina Massow mahnt im Interview jedoch zur Klarheit: Nicht die Kommune, sondern der Bund sei zuständig. Ein kommunaler Alleingang könne falsche Erwartungen wecken – und Nachbarkommunen unter Druck setzen.

*Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, kommunale Hand-*

***lungsmöglichkeiten für Lärmschutz an der A49 zu prüfen. Wie bewerten Sie diesen Beschluss – ist die Stadt überhaupt in der Lage, selbst aktiv zu werden?***

Der Beschluss zeigt, dass das Thema Lärmschutz die Menschen bewegt – das ist absolut nachvollziehbar. Zugleich muss aber klar benannt werden: Für den Lärmschutz entlang der A49 sind die Autobahn GmbH des Bundes und das Bundesverkehrsministerium zuständig. Hier muss der Bund seiner Pflicht endlich nachkommen. Es wäre das falsche Signal, wenn nun Kommunen beginnen würden, Aufgaben des Bundes zu übernehmen. Das führt nicht nur zu erheblichen finanziellen Belastungen, sondern auch zu Politikverdrossenheit, wenn Zuständigkeiten verwischt werden. Es ist an der Zeit, dass der Bund Verantwortung übernimmt und handelt.

***In Dissen wächst der Druck – zuletzt wurden Ihnen rund 200 Unterschriften für besseren Lärmschutz übergeben. Wie nehmen Sie die Stimmung vor Ort wahr, und was sagen Sie den Bürgern, die schnelle Verbesserungen erwarten?***

Die Unterschriftenaktion zeigt, wie groß der Leidensdruck ist – und sie wurde von uns selbstverständlich ernst genommen. Wir haben die rund 200 Unterschriften als Petition an den Bund weitergeleitet. Die Stimmung vor Ort ist verständlicherweise angespannt, denn viele Menschen fühlen sich im Stich gelassen. Wir erwarten nun eine klare Positionierung des Bundesverkehrsministers, insbesondere dazu, wie er der offensichtlichen Ungleichbehandlung entlang der A49 begegnen will. Nach wie vor liegen uns die versprochenen aktuellen Verkehrszahlen nicht vor – auch das ist unbefriedigend. Wir können den Lärm nur gemeinsam bekämpfen – das Motto lautet deshalb: Gemeinsam laut gegen den Lärm.

***Der Grünen-Antrag spricht von „innovativen und bürgernahen Lösungen“ und schlägt Dissen als Pilotprojekt vor. Können Sie sich vorstellen, dass die Stadt hier – etwa in Kooperation mit der IGL A49 oder privaten Grundstückseigentümern – tatsächlich etwas umsetzt?***

Wir arbeiten bereits konstruktiv mit der IGL A49 zusammen – die Initiative leistet hervorragende Arbeit und trägt wesentlich dazu bei, das Thema auf die Agenda zu bringen. Gleichwohl sehe ich kommunale Eigeninitiativen zum Lärmschutz kritisch. Wenn Gudensberg nun in eigener Sache Maßnahmen ergreifen würde, würde das unsere Nachbarkommunen unter Druck setzen, ebenfalls tätig zu werden – obwohl auch dort die Zuständigkeit beim Bund liegt. Wir haben uns mit den Anrainerkommunen von Neu-

ental bis Baunatal darauf verständigt, solidarisch gemeinsam zu agieren. Nur so lässt sich wirkungsvoller Druck auf die zuständigen Ebenen aufbauen.

***Kritiker warnen vor falschen Hoffnungen und hohen Kosten. Wie wollen Sie vermeiden, dass am Ende Erwartungen geweckt werden, die Gundersberg gar nicht erfüllen kann?***

Genau das ist meine Sorge. Schon die Antragstellung und die Beschlusslage können den Eindruck erwecken, die Stadt könne selbst aktiv werden. Das ist aber aus meiner Sicht realistisch nicht der Fall. Ein kommunaler Lärmschutz wäre nach meiner ersten Einschätzung finanziell nicht tragbar und rechtlich - meiner Ansicht nach - auch fragwürdig. Ich hätte mir gewünscht, dass die Fragestellung zunächst in Form einer Anfrage behandelt wird, um Zuständigkeiten und Handlungsspielräume sauber zu klären. Wir sollten keine Erwartungen wecken, die wir nicht erfüllen können.

***Wenn Sie auf die politische Ebene blicken: Was erwarten Sie konkret von der Autobahn GmbH und vom Bund?***

Wir erwarten vom Bund und von der Autobahn GmbH, dass sie die tatsächliche Lärmbelastung entlang der A49 objektiv bewerten und geeignete Maßnahmen ergreifen. Es darf nicht länger vom Engagement einzelner Kommunen abhängen, ob Menschen entlang einer Bundesautobahn geschützt werden. Wir brauchen Transparenz, aktuelle Verkehrsdaten, Gleichbehandlung aller Autobahnen (egal, ob neue oder alte) und konkrete Schritte. Es ist Zeit, dass der Bund seine Pflichten wahrnimmt – das sind wir den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

***Die Interessengemeinschaft Lärmschutz A49 erhält breite Unterstützung. Welche Rolle kann aus Ihrer Sicht eine solche Bürgerinitiative für die politische Entscheidungsfindung und den Druck auf höhere Ebenen spielen?***

Die IGL A49 leistet eine großartige Arbeit. Sie bündelt die Stimmen der Betroffenen, bleibt sachlich und lösungsorientiert und verschafft dem Thema die notwendige Sichtbarkeit. Wir als Anrainerkommunen stehen im engen Austausch mit der Initiative. Nur gemeinsam können wir Druck aufbauen – Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, Nachbarkommunen. Es geht darum miteinander für den Lärmschutz einzutreten und Aufmerksamkeit zu erzeugen.

***Angenommen, die Prüfung zeigt, dass lokale Maßnahmen wie ein Erd-wall tatsächlich machbar wären – würden Sie persönlich als Bürgermeisterin ein solches Pilotprojekt in Dissen unterstützen und vorantreiben?***

Sollte sich im Rahmen der Prüfung herausstellen, dass eine Maßnahme rechtlich zulässig, fachlich sinnvoll und finanziell vertretbar ist, würden wir uns selbstverständlich damit befassen. Allerdings gehört zur Ehrlichkeit: In Dissen gibt es städtische Grundstücke, die grundsätzlich geeignet wären – in Gudensberg oder Dorla ist das jedoch nicht der Fall. Ich habe daher große Bedenken, was die Gleichbehandlung der Ortsteile betrifft. Letztlich muss die Stadtverordnetenversammlung diese Entscheidungen treffen. Unser Ziel bleibt, gemeinsam mit allen Anrainerkommunen gegenüber dem Bund eine solidarische Lösung zu erreichen – nicht isoliert voranzugehen.

***Sind solche Lösungsansätze für Sie auch für andere Gudensberger Stadtteile denkbar?***

Gleichbehandlung ist für mich ein zentraler Grundsatz. Wir können nicht in einem Stadtteil tätig werden und in anderen nicht. Aber auch darüber hinaus: Gudensberg ist kein „gallisches Dorf“, das sich allein gegen den Bund stellt, sondern Teil einer solidarischen Gemeinschaft. Wenn Lösungen gefunden werden, müssen sie für alle betroffenen Stadtteile gleichermaßen gelten. Nur so können wir glaubwürdig bleiben – und gemeinsam mit unseren Nachbarn das erreichen, was wirklich notwendig ist: wirksamen Lärmschutz durch den Bund.

## **INTERVIEW: MAJA YÜCE**

**Sina Massow (37)** ist seit 2022 Bürgermeisterin von Gudensberg. Massow ist ausgebildete Verwaltungsbetriebswirtin und seit über 14 Jahren in der öffentlichen Verwaltung tätig. Sie gehört der SPD an. Gemeinsam mit ihren Bürgermeisterkollegen entlang der A49 setzt sie sich für gleichberechtigten Lärmschutz entlang der Alttrasse ein.

MAY